

Alpiq-Chef Giovanni Leonardi hält am Bau eines neuen AKWs in der Schweiz fest. Alternativen kämen die Schweiz viel zu teuer zu stehen.

VON BEAT SCHMID UND PATRIK MÜLLER

Herr Leonardi, hätten Sie je für möglich gehalten, dass im High-Tech-Land Japan eine solche AKW-Katastrophe geschehen kann?

Giovanni Leonardi: Null Risiko gibt es nicht, das wussten wir immer. Jede Art von Stromproduktion hat ihre Vor- und Nachteile. Die Nachteile der Kernenergie sind jetzt gerade auf tragische Art und Weise gut sichtbar.

Null Risiko gibts auch in der Schweiz nicht. Kann hier eine AKW-Katastrophe geschehen?

Das stärkste Erdbeben in Zentraleuropa wurde in Basel im 14. Jahrhundert registriert. Es hatte bei weitem nicht die Stärke wie in Japan. Nach Angaben des Ensi (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) war das Beben in Japan mindestens 100-mal stärker. Jetzt haben wir herausgefunden, dass es sogar 1000-mal stärker war. Die Wellen des Tsunami waren in Japan 25 Meter hoch. In der Schweiz gibt es keine Tsunamis. Es würde im Mittelland theoretisch bedeuten, dass die Welle mindestens 400 Meter hoch sein müsste, um Schaden anzurichten. Die Risikolage ist nicht mit Japan vergleichbar.

Wenn Japan eine Atomkatastrophe nicht in den Griff bekommt, wer sonst soll so was beherrschen?

Risikolosigkeit gibt es nirgends in der Energieproduktion. Weder bei Wasser, Kernenergie, Kohle noch Gas. Übrigens: Es sind in Japan offenbar auch Gaswerke

«Gösgen war vor Japan sicher, und es ist nach Japan sicher.»

explodiert. Und ich habe Informationen aus Frankreich erhalten, wonach auch Staudämme zerstört wurden.

Glauben Sie, das Vertrauen in die Atom-Technologie kann trotz Fukushima wieder hergestellt werden?

Wir müssen jetzt erst mal Ruhe einkehren lassen. Es ist richtig, dass Bundesrätin Doris Leuthard das Rahmenbewilligungsgesuch sistiert hat. Wir brauchen Zeit, um die künftige Energiepolitik zu diskutieren. Am Schluss wird der Stimmbürger entscheiden.

Nochmals: Glauben Sie, dass das Vertrauen in die Technologie je zurückkehrt?

Davon bin ich überzeugt. Die Kernenergie wird weiterhin eine wichtige Rolle spielen, und zwar weltweit. In der Schweiz wird der politische Prozess für neue KKW nun sicher länger dauern. Mit neuen KKW gehen wir sicher vors Volk – aber nicht, wie ursprünglich vorgesehen, schon 2013 oder 2014.

Wann denn?

Es braucht nun eine breite Diskussion. Über das weitere Vorgehen und die Wiederaufnahme der Verfahren entscheiden Behörden und Politik.

Heute würde das Volk neue Atomkraftwerke sehr klar ablehnen.

Vielleicht. Wir sind nun verständlicherweise von den Bildern aus Fukushima geprägt. Aber in fünf oder mehr Jahren muss das nicht mehr so sein.

Was halten sie davon, dass bürgerliche Parteien wie die BDP, aber auch die FDP mit einem Ausstieg liebäugeln?

In den ersten Tagen nach der Krise war viel Aufregung, Emotionen und die Spekulationen schossen ins Kraut. In der zweiten Phase kamen dann die Experten und Behörden zu Wort. Und jetzt kommt die Politik, und es entsteht eine sachliche Grundratsdiskussion über die Energiezukunft der Schweiz und die Vor- und Nachteile der verschiedenen Stromproduktionsarten. Ich gehe davon aus, dass die Energiefrage in den nächsten Sessionen im Parlament behandelt wird. Das ist richtig. Ich empfehle jetzt Ruhe, Ruhe und nochmals Ruhe. Wir müssen erst analysieren,

«Kernenergie wird weiterhin eine wichtige Rolle spielen»

Alpiq-CEO und Gösgen-Betreiber Giovanni Leonardi über die Atomtechnologie



Der Elektroingenieur

Seit 2004 steht Giovanni Leonardi (51) an der Spitze des grössten Schweizer Stromkonzerns Alpiq. Der an der Zürcher ETH ausgebildete **Elektroingenieur** fährt jedes Wochenende in seinen Heimatkanton Tessin. Zu Beginn der 1990er-Jahre war er in Bodio TI **für Atel tätig**, eines der Vorgängerunternehmen von Alpiq. Leonardi ist Chef über **10 000 Mitarbeiter in der Schweiz und Europa**. Zum börsenkotierten Unternehmen gehört auch das Atomkraftwerk in Gösgen, das 1979 in Betrieb genommen wurde. Leonardi ist **Vater von drei Kindern**.

sachlich die Lehren ziehen und Massnahmen definieren.

Sogar Urs Gasche, der Verwaltungsratspräsident der BKW, die das AKW Mühleberg betreibt, plädiert für einen Atomausstieg.

Ich möchte nicht über Herrn Gasches Reaktion urteilen.

Halten Sie diese für glaubwürdig?

Die Position der Resun (Planungsunternehmen für neue AKW der Schweizer Energiekonzerne, die Red.) ist klar: Die Sistierung des Rahmenbewilligungsgesuchs von Doris Leuthard ist gut und richtig. Für alles weitere ist es zu früh.

Wird sich Alpiq an der Planungsgesellschaft Resun AG beteiligen?
Ja. Wir haben den Vertrag vor Weihnachten unterschrieben.

Alpiq betreibt das AKW Gösgen. Was haben Sie unternommen, um die Sicherheit zu erhöhen?

Gösgen war vor Japan sicher, und es ist nach Japan sicher. Sonst würden wir es nicht betreiben. Aber wichtiger ist, was die Behörden sagen: Die Risikolage ist nicht mit Japan vergleichbar. Sie sagen aber auch, dass wir aus den Reaktorunfällen in Japan Lehren ziehen und die Sicherheitsstandards überprüfen müssen. Dazu haben wir vom Ensi eine Verfügung erhalten, wonach wir Gösgen nun auf Erdbeben- und Hochwassersicherheit überprüfen müssen. In einer Sofortmassnahme mussten wir die Kühlwasserversorgung und das Abklingbecken überprüfen. Bis Anfang Juni müssen wir ein externes Lager für Material wie Kabel, Pumpen, Notstromaggregate und Treibstoff errichten, das erdbebensicher ist und vor Überflutungen geschützt ist.

Sie verweisen oft auf die Politik und die Behörden. Haben Sie keine eigenen Pläne, um die Sicherheit zu verbessern?

Wir haben noch keine Massnahmen ergriffen – sonst hätten wir ja früher etwas falsch gemacht. Auch wir analysieren und prüfen. Die erste Priorität beim Betrieb war und ist die Sicherheit.

Angenommen, das Stimmvolk sagt in fünf Jahren Nein zu einem neuen AKW. Welches sind Ihre Alternativszenarien?

Die vier Säulen der Energiepolitik sind: erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Auslandspolitik und Grosskraftwerke, wozu Gas- oder Kernkraftwerke gehören. Die künftige Energiepolitik wird nicht viel anders sein. Der Energiemix wird der gleiche bleiben. Die Frage ist, welche Grosskraftwerke die Politik und das Volk in Zukunft haben wollen.

Anstatt eines AKW möglicherweise zwei oder drei grosse Gaskraftwerke.

Wo liegt das grosse Potenzial? Die erneuerbaren Energien darf man nicht überschätzen – das Potenzial beträgt 5,4 Terawattstunden bis in Jahr 2030, diese decken 8 Prozent des gesamten Bedarfs und bedingen Subventionen von rund 10 Milliarden Franken. Nur: Heute steuern die KKW 40 Prozent zum Gesamtbedarf bei. Blicke also eine Lücke von 32 Prozent. Wie könnten diese ersetzt wer-

den? Wir müssten die Vor- und Nachteile abwägen: Welchen Einfluss hat der Ersatz der Kernenergie auf das Klima, die Landschaft, die Übertragungsnetze, die Auslandsabhängigkeit?

Sie befürchten eine stärkere Abhängigkeit vom Ausland?

Ganz bestimmt und mit negativen Folgen. Wir haben das in der Ukraine gesehen, die plötzlich kein Gas mehr aus Russland erhielt. Ein weiteres Beispiel ist Italien, das vor 15 Jahren eine Gasstrategie wählte und heute mehr als zwei Drittel des Stroms mit Gas – teilweise aus Libyen – produziert. Berlusconi war der beste Freund von Gaddafi und heute bekämpfen sie sich. Was bedeutet das für die Versorgungssicherheit von Italien?

Zurück zu den 32 Prozent. Wie können wir sie ersetzen?

Einen Teil können wir einsparen. Die Alpiq hat bereits vor Japan die Energieeffizienz ins Zentrum der Strategie gestellt. So investierten wir bereits heute in den Aufbau von Gebäude- und Verkehrstechnik.

Beherrigen Sie das auch persönlich?

Klar. Ein Beispiel: Ich heize im Schlafzimmer nie, auch im tiefsten Winter nicht. Zudem fahre ich häufiger im Zug.

Heute werden in der Schweiz jährlich 51 Millionen Tonnen CO₂ ausgestossen. Das neue Gesetz verlangt eine Reduktion um über 10 Millionen Tonnen.

Wenn Sie ein Gaskraftwerk bauen, müssen Sie CO₂-Zertifikate kaufen, was den Gasstrom massiv verteuern würde.

Das ist so.

Umgekehrt würden erneuerbare Energien viel günstiger.

Wir stecken in einem Dilemma. Der Konsument will Energie 24 Stunden am Tag, möglichst sauber und möglichst billig. Das geht nicht zusammen. Nehmen wir den Preis. Aktuell zahlt der Konsument für den Strom aus Kernkraft 5 Milliarden Franken pro Jahr. Steigen wir auf erneuerbare Energien um, verteuert sich der Energieanteil am Strompreis (ein Drittel) um den Faktor 3 bis 10. Das könnten die Schweizer Haushalte und Unternehmen gar nicht verkraften.

Wie teuer wird es?

Würden wir voll auf Wind umstellen, zahlten wir zwei- bis dreimal mehr. Solar ist um den Faktor acht bis zehn teurer als die Kernenergie. Ist das volkswirtschaftlich verkraftbar? Wenn wir die

«Ich heize im Schlafzimmer nie, auch im tiefsten Winter nicht.»

AKW abschalten, dann schlägt das auch auf den Preis im Haushaltbudget durch. Pro Kopf wurde sich die Stromrechnung massiv verteuern, falls alle Mehrkosten direkt oder indirekt vom Haushalt bezahlt werden müssten.

Wie rechnen Sie das?

Eine Kilowattstunde kostet heute 20 Rappen. Bei einem durchschnittlichen Pro-Kopfverbrauch von 2000 Kilowattstunden sind das 400 Franken pro Jahr. Bei der teuren Windkraft kommt man auf 700 Franken, bei Solar sogar auf 1500 Franken. Eine vierköpfige Familie müsste also 6000 Franken pro Jahr bezahlen – über höhere Strompreise respektive verteuerte Produkte und Dienstleistungen. Wer kann sich das leisten?

Andererseits werden die Risiken der Atomkraftwerke nicht in den Preis eingerechnet. Würde man das tun, wäre Atomstrom viel teurer.

Auch bei Wasserkraft gibt es Restrisiken, die nicht gedeckt sind.

Wie viel kostet der Ausstieg aus der Atomenergie?

Er würde Milliarden kosten. Wenn wir unseren Wohlstand halten möchten, muss die Energiebranche so oder so 20 bis 30 Milliarden Franken bis ins Jahr 2030 investieren. Ein Ausstieg hätte enorme Folgen für unseren Wohlstand. Die volkswirtschaftlichen Kosten würden wesentlich höher als die 30 Milliarden Franken sein.